Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 80 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 26 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber R. Sturm). Für die Schriftleitung verantwortlich R. Sturm in Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 18, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Reklamenzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 2 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 72. | Neuenbürg, Dienstag, den 25. März 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 22. März. Anläßlich des Wiederzusammentritts des württembergischen Landtags hat die Sozialdemokratie drei Große Anfragen sowie einen Antrag gestellt. Die erste Große Anfrage betrifft die Spar- und Abbaumaßnahmen besonders in der Volksschule, die in den beteiligten Kreisen stärkste Beunruhigung hervorgerufen haben. Die Anfrage verlangt Auskunft über die geplanten Maßnahmen und Zerstreuung der begründeten Besorgnisse der Elternschaft. Die zweite Große Anfrage richtet sich gegen die Ungerechtigkeiten und sozialen Härten der Aufwertungsverordnung. Die dritte Anfrage wendet sich gegen die Schonung des Besitzes auf Kosten der Mieter und verlangt eine Ersetzung der Mietsteuer durch Zuschläge zur allgemeinen Vermögenssteuer und falls dies nicht möglich ist, Erhebung der Mietsteuer nur insoweit, als sie zur Förderung der Neubautätigkeit erforderlich ist, ferner Deckung des allgemeinen Staats- und Gemeindeaufwands einschließlich desjenigen für Wohlfahrtspflege, Schul- und Bildungswesen sowie Polizei nur aus den Erträgen der allgemeinen Steuer, die durch einen Zuschlag zur Vermögenssteuer erhöht werden sollen. Der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag verlangt eine Herabsetzung der Gebäudesteuer und eine Erhöhung der Waldsteuer, sowie eine Staffelung der Grundsteuer zur Schonung des kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzes.

Stuttgart, 23. März. Der Vertretertag der deutsch-demokratischen Partei beschloß, an dritter Stelle den Abg. Henne als Handwerkervertreter, an vierter Stelle Frau Abg. Ebni für die Reichstagswahl zu nominieren. Außerdem wurden als Kandidaten bestimmt Abg. Spieß, Landwirt, Regierungsrat Wildermuth, Vorarbeiter Mosmann-Schrambergs, Professor Bauser-Nagold, Kaufmann Fäßler-Hechingen (Hohenzollern) und Eisenbahnsekretär Abg. Eisele-Untertürkheim, ferner für die Landtagswahl Bruckmann, Scheel, Henne, Dr. Reinöhl, Dr. Schall, Jobs, Fischer. Der Name des Staatspräsidenten Dr. von Hieber, der sowohl ein Reichstags- als auch ein Landtagsmandat inne hatte, erscheint nicht auf dieser Liste.

Berlin, 23. März. Der Gesandte der tschechoslovakischen Republik in Berlin, Vlastimil Tusar, ist gestern abend 3/4 7 Uhr, nach eintägigem Krankenlager einem Herzleiden erlegen. Tusar, welcher der tschechischen sozialdemokratischen Partei angehörte, ist der zweite Ministerpräsident der tschechoslovakischen Republik gewesen. — Wie die „Frankf. Ztg." meldet, kommt eine erneute Kandidatur Hugo Stinnes für den Reichstag nicht in Betracht, da es seine Erkrankung in der nächsten Zeit Herrn Stinnes nicht gestattet, parlamentarisch tätig zu sein.

Dr. Marx zur allgemeinen Lage.

Elberfeld, 23. März. Reichskanzler Dr. Marx sprach heute hier in der Stadthalle in einer öffentlichen Versammlung, in der die Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf-Ost, die den Reichskanzler an die Spitze der Kandidatenliste gestellt hat, die Wahlbewegung eröffnete. Die von etwa 5000 Personen besuchte Versammlung bereitete dem Reichskanzler einen überaus herzlichen Empfang. Nachdem der Kanzler für diesen gedankt hatte, führte er u. a. aus, der Reichstag sei aufgelöst und das deutsche Volk müsse sich eine neue gesetzgeberische Vertretung geben. Der erste Reichstag der deutschen Republik habe nicht das Ende seiner verfassungsmäßigen Legislaturperiode erreicht, weil er angesichts der großen Not des Vaterlandes eine Fülle gesetzgeberischer Arbeit, die zur Ablenkung der Katastrophe getan werden mußte, zu leisten nicht mehr imstande gewesen sei. Bezüglich des Friedensvertrages erklärte der Kanzler, daß dieser untragbar sei, sei die klare Ansicht des ganzen deutschen Volkes. Kein Wunder sei es daher, wenn ein Teil des Volkes verlange: Auflehnung gegen die Bestimmungen dieses Diktates mit aller Macht; keine Nachgiebigkeit und keine Schwäche, sondern Verweigerung jeglicher Erfüllung. Was würden die Folgen sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? Der Sieger von Versailles ist im vollen Besitz seiner Macht. Er würde sie bis zum äußersten anwenden und sie auch stets angewandt haben, falls wir mit einer großen Geste die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen abgelehnt hätten. Wir sind ein waffenloses Volk. Geradezu wahnwitzig wäre es gewesen, den Gegner zur äußersten Gewaltanwendung zu reizen. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versailler Diktats bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen, erfüllt von dem Gedanken, auf diesem harten Wege die Befreiung Deutschlands von den durch den Versailler Vertrag auferlegten Fesseln zu erreichen. Schwer sind die Opfer, die das deutsche Volk infolgedessen hat tragen müssen. Erhalten geblieben ist dadurch aber die Einheit des Reiches. Schwer ist vor allem die Last, die der Friedensvertrag auf die Bevölkerung des besetzten Gebietes gelegt hat. Schwerer sind noch die ungeheuerlichen Bedrückungen, die der widerrechtliche Einmarsch in das Ruhrgebiet für die dortige Bevölkerung zur Folge gehabt hat. Trotz der Lehren, die jeder einsichtige Deutsche aus den bitteren Erfahrungen des passiven Widerstandes an der Ruhr ziehen müsse, lauschten heute noch weite Kreise des deutschen Volkes auf berauschende Klänge von Mannesmut und nationaler Entschlossenheit. So sehr es verständlich sei, daß gegen die zahlreichen nationalen Demütigungen, die unser Volk seit 1918 habe ertragen müssen, ein ehrenhafter nationaler Wille und der Wille zu nationaler Freiheit sich aufbäume, so sei es doch notwendig, mit kühlem und nüchternem Verstand die augenblickliche Lage unseres Vaterlandes nicht zu belasten und ohne Parteihaß und Parteileidenschaft den opfervollen Weg der Erfüllung der unabwälzbaren harten Verpflichtungen zu gehen. Das sei weit eher Befreiungs- als Erfüllungspolitik. Die Wahlbewegung werde den inneren Parteistreit um die Führung der Außenpolitik wieder verstärkt aufleben lassen. Trotzdem sei es seine Hoffnung und auch die Hoffnung der gesamten Bevölkerung der schwer leidenden besetzten Gebiete, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschlossen sei, die Reparationsfrage zur endgültigen Erledigung zu bringen. Dieses Ziel müsse in allernächster Zeit erreicht werden, solle Deutschland und mit Deutschland Europa und die ganze Welt wieder ein würdiges Dasein führen. Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Gutachten der Sachverständigen fuhr der Reichskanzler fort: Eine deutsche Partei allein vermag die ungeheuren Aufgaben, welche die Zukunft bringen wird, nicht zu meistern. Deshalb muß auch das Zentrum sich nach Bundesgenossen umsehen. Gemeinsam mit ihnen wird es das große Ziel der Rettung von Volk und Vaterland erstreben. Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die mit uns positive Arbeit zum Segen des großen Ganzen und des Einzelnen zu leisten gewillt ist. Damit glauben wir, wenn vielleicht auch nicht „patentnational", so doch ganz gewiß „echt national" zum Besten von Reich und Volk tätig zu sein. Nationale Politik ist unserer Ueberzeugung nach auch die Entschlossenheit, die Einheit des Reiches zu schützen. Wie wir im alten Reich der Staatsautorität mit ihrer monarchischen Spitze die Treue gehalten haben, so dienen wir auch in gleicher Treue der deutschen Republik. Der Reichskanzler ging dann in großen Zügen auf das Verordnungswerk der Reichsregierung ein und sagte dabei, weite Kreise der Zentrumspartei empfänden es entsprechend ihrer Tradition als sittliche Pflicht, das harte Los der arbeitenden Bevölkerung zu erleichtern, sobald die Möglichkeit dazu bestehe. Mit Bedauern und zornigem Unmut habe die Zentrumspartei von beklagenswerten Zwangsmaßnahmen einzelner Arbeitgeber gehört. Sie hoffe und erwarte, daß es Ausnahmen seien. Sie sehe ihre höchste Aufgabe darin, die von Gott gewollte soziale Ordnung zu schützen. Der Kanzler schloß: Ueber lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes wird der nächste Reichstag entscheiden müssen. Seine Zusammensetzung ist von ausschlaggebender Bedeutung. In der Hand der Wählerschaft liegt das Schicksal des Reiches. An dem deutschen Volk ist es nun, dafür zu sorgen, daß der Radikalismus links und rechts nicht über Deutschlands Zukunft bestimmt. Die Ruhe im Innern verbürgt am ersten eine Verständigung nach außen und damit Frieden und Freiheit, wonach sich Deutschland seit 10 Jahren sehnt. — Die Ausführungen des Kanzlers lösten lang andauernden, stürmischen Beifall aus. — Die Versammlung, die ohne Störung verlief, stimmte in das Hoch auf das deutsche Vaterland ein und sang zum Schluß das Deutschlandlied.

Die Kosten des Reichstags.

Was der Reichstag kostet, zeigt der soeben fertiggestellte Haushaltsplan des Reichstages. Für das Rechnungsjahr 1924 sind die Tagesgelder der Mitglieder des Reichstags mit einem Gesamtbetrag von 1 569 125 Mark veranschlagt. Als Entschädigung an die Reichseisenbahnen für die Freifahrtscheine, die den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden, sind in den Etat 1 084 000 Mark eingesetzt. Auch die Benutzung von Schlafwagen wird den Abgeordneten teilweise gestattet. Hierfür sind 4500 Mark veranschlagt.

Ausland.

Moskau, 24. März. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion hat als Dienstzeit für die Marine und die Staatspolizeitruppen vier Jahre, für Fliegerspezialisten 3 Jahre und für die übrigen Truppenteile, die Staats- und Militärbehörden zwei Jahre festgesetzt. Der Vizepräsident des revolutionären Kriegsrates begründete die Erhöhung der bisher 1½jährigen Dienstzeit auf zwei Jahre mit militär-technischen Rücksichten und bestehender Kriegsgefahr.

Bradburys Intervention in der Reparationsfrage.

Die bevorstehende Woche wird für die nächste Entwicklung der englisch-französischen Beziehungen von großer Bedeutung sein. Mac Kenna und Bradbury befinden sich in London, um die Haltung der britischen Experten mit dem Standpunkt Bradburys in Uebereinstimmung zu bringen. Aus diesen Verhandlungen wird sich ergeben, ob und unter welchen Bedingungen die Vorschläge der Experten für die alliierten Regierungen annehmbar sind. Man schreibt die Verzögerung der Expertenbeschlüsse den Einflüssen der deutschen Persönlichkeiten zu, welche in den letzten Tagen die sehr optimistische Auffassung des Amerikaners Dawes bezüglich der deutschen Leistungsfähigkeit nach Ablauf des Moratoriums berichtigten und dadurch innerhalb des Komitees Meinungsverschiedenheiten veranlaßten. Es ist eine Tatsache, daß Bradbury in mehreren Unterhandlungen mit Dawes und Mac Kenna den deutschen Darlegungen zustimmte und vor einer übereilten Festsetzung von deutschen Geldleistungen warnte. Um diese Streitfrage zu klären, ist die Londoner Reise der genannten Persönlichkeiten notwendig geworden. Wenn Bradburys Meinung in London durchdringen sollte, so läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen, daß der Plan des Generals Dawes ins Wasser fällt. Die französisch-belgischen Experten werden keinesfalls mit einer Verringerung der deutschen Leistungen einverstanden sein. Der einzige Ausweg bliebe dann eine interalliierte Konferenz. Von amerikanischer Seite wird jedoch der Rat gegeben, den Plan des Generals Dawes anzunehmen, weil dadurch gleichzeitig die Sicherheit für eine europäische Anleihe von Amerika geschaffen wäre. Mit dieser Möglichkeit wird die englische Regierung rechnen müssen, wenn sie ihre Entscheidung trifft.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 24. März. In der Ansprache des Kirchenpräsidenten Prälat Dr. von Merz, welche gestern in den evangelischen Kirchen verlesen wurde, bittet der Kirchenpräsident die evangelischen Gemeinden, mit ihrer Fürbitte für ihn einzutreten, weiterhin sich einzusetzen für ihre Landeskirche, für christliche Jugenderziehung, für durchzreifende Liebestätigkeit gegenüber den Notleidenden, für die praktische Betätigung wahren Christentums. Mit einer eindringlichen, an die Kirchengemeinderäte und Geistlichen gerichteten Bitte zur Schaffung lebendiger Gemeinden zusammenzuwirken, schließt die Kundgebung.

Neuenbürg, 24. März. Die Interesselosigkeit in politischen Dingen nimmt auch in den Kreisen der Sozialdemokratie immer größere Formen an. Das bewerkt der Besuch der von der Sozialdemokratischen Partei auf Samstag abend in die „Eintracht" einberufenen öffentlichen Versammlung. Rechnet man die Angehörigen bürgerlicher Parteien und die Kommunisten ab, so schrumpft die Zahl der eigenen Anhänger bedenklich zusammen. Diese Interesselosigkeit geißelte sowohl der Vorsitzende, Karl Titelius, wie der Redner des Abends, Landtagsabgeordneter Winker, welcher an Stelle des verhinderten Landtagsabgeordneten Oster erschienen war, und über das Thema „Die Politik in Land und Reich" sprach. Seine Ausführungen bewegten sich in durchaus sachlichen Grenzen, die in dieser Weise auch auf den politisch anders Denkenden einen besseren Eindruck machten, als wenn man mit dem plumpen Geschütz des parteipolitischen Tamtams operiert. Einleitend wies er auf die Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes hin, welcher die Entscheidung bringen werde, ob das Großkapital, gestützt von den rechtsradikalen Parteien bis herüber zur Demokratie, siegen werde, oder die Sozialdemokratie die Mehrheit in den Parlamenten bekomme. Die Ereignisse der letzten Zeit, soweit Wahlen in Betracht kommen, hätten gezeigt, daß der Kampf mehr oder weniger zu Gunsten der Unternehmer ausfiel. Wenn die Arbeiterschaft nicht voll und ganz ihre Pflicht im Wahlkampf erfülle, werde der Druck, der auf ihr laste, noch schwerer werden. Zur Zeit gehen rechts- und linksradikale Elemente daran, sich im Volke einzunisten und ihm klar zu machen, daß sie im Stande wären, das Volk aus der gegenwärtigen Lage zu retten. Besonders unter der Beamtenschaft hätten sich Kreise verführen lassen, sich auf die Seite dieser Leute zu schlagen. Viele von ihnen wären ins rechtsradikale Lager abgewandert. In diesen Kreisen werde politische Brunnenvergiftung getrieben, man wolle der Sozialdemokratie die Schuld an der gegenwärtigen Lage zuschieben, um die eigene Schuld zu verbergen. Die Hauptschuld liege in der verfehlten Außenpolitik, welche in der Wilhelminischen Zeit vor und während des Krieges getrieben wurde. An Hand eines Buches, betitelt „Die Tragödie Deutschlands", dessen Verfasser nicht etwa der Sozialdemokratie angehöre, sondern parteilos sei, beleuchtete er die Vorgänge und Mißgriffe dieser Politik und die Fehler, die sowohl die Diplomaten und Politiker, wie die oberste Heeresleitung im Kriege machten. Im wesentlichen enthielten diese Ausführungen nichts neues, als was schon öfters gesagt wurde, und wir gehen deshalb darüber hinweg angesichts des gegenwärtigen großen Stoffandranges. Redner bezeichnete es als eine Geschichtsfälschung, wenn man sage, die Sozialdemokratie sei Schuld am Zusammenbruch und an der Revolution. Die Revolution begann erst nach dem militärischen Zusammenbruch, als Ludendorff forderte, daß innerhalb 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot gemacht werden müsse. Die Sozialdemokratie war es, welche im November 1918, als die alten Mächte spurlos verschwunden waren, einen Schutzhaufen und die Regierung übernahm, um Schlimmeres zu vermeiden: den Bürgerkrieg. Wäre der Friedensvertrag nicht unterzeichnet worden, so wäre unmittelbar der Einmarsch der Feinde in Deutschland erfolgt. Die in der Folge gebildeten rein bürgerlichen Regierungen eines Simons und Fehrenbachs kamen mit dem Londoner Ultimatum in der Tasche, sie hatten Nein gesagt. Folge war die Besetzung von Ruhrort, Duisburg u. Düsseldorf. Das Erfüllungskabinett Wirth hatte die Franzosen 1¼ Jahre von der Ruhr ferngehalten, während unter dem Kabinett Cuno der Ruhreinmarsch erfolgte. Der passive Widerstand an der Ruhr scheiterte, weil er zu lange währte und nicht richtig finanziert war. An Stelle von Steuern auf den Besitz, die zu spät kamen, trat die Notenpresse in Tätigkeit, welche das deutsche Volk an den Rand des Verderbens brachte. Der passive Widerstand an der Ruhr kostete 3½ Milliarden Goldmark, eine Summe, welche etwa den 7. Teil der Reparationsverpflichtungen darstelle, die Deutschland zu zahlen habe. Das Ministerium Stresemann war nichts anderes als der Konkursverwalter des Kabinetts Cuno. Die Sozialdemokratie wurde durch die Schwerindustrie aus der Reichsregierung hinausgedrückt. Durch den Vormarsch der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen war ihres Verbleibens in der Regierung nicht mehr. Die Folge war, daß das Kabinett Marx ans Ruder kam, und damit kam das berühmte Ermächtigungsgesetz, dem die Sozialdemokratie allerdings zustimmte und zwar aus Verantwortlichkeitsgefühl, aus außenpolitischen Gründen und weil es um die deutsche Reichseinheit ging. Redner verwies auf den Fuchs-Mathäus-Prozeß, wo französisches Kapital verwendet wurde, um die Reichseinheit zu zertrümmern, weiter auf den Hitlerprozeß, der zeige, wohin die Pläne dieser Leute gingen. Die Politik der Rechts- und Linksradikalen mache die Sozialdemokratie nicht mit, weil sie in beiden Fällen zum Untergang des Reiches führen würden. Von der englischen Arbeiterregierung erhofft Redner eine Besserung unserer politischen Lage. Man müsse auf dem bisherigen Boden der Erfüllungspolitik bleiben und sich dabei allerdings auf schwere Lasten gefaßt machen. Diese Lasten müssen aber auf die tragfähigen Schultern der Unternehmer abgewälzt werden, nicht auf jene der Arbeiterschaft, die durchschnittlich 90 Prozent der Steuerlasten zu tragen hätten. Eine wichtige Frage sei die, wie wir Ordnung in unsere Finanzen bringen. Durch die Schaffung einer stabilen Währung sei die Gefahr noch nicht überwunden. Nur durch Steuern auf den Besitz könne der Gefahr einer neuerlichen Inflation vorgebeugt werden. Der Besitz sträube sich aber mit aller Macht gegen solche Steuern, wie Redner an Vorgängen im württ. Landtag nachzuweisen suchte. Die 3. Steuernotverordnung habe eine tiefe Empörung im Volke hinterlassen. Redner führte

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Gründe an, welche die Sozialdemokratie bewogen, dagegen Stellung zu nehmen. In der Aufwertungsfrage bezeichnete er es als ein Unrecht, wenn einem verarmten Gläubiger ein leistungsfähiger Schuldner gegenübergestellt werde und daß nur 15 Prozent aufgewertet werden sollen. In solchen Fällen sei eine höhere Aufwertung angezeigt. Bei der Mietsteuer kritisierte Redner, daß sie nur zu 10 Prozent für Neubauzwecke Verwendung finden soll, die übrigen 90 Prozent dagegen für Bedürfnisse des Staates, der Gemeinden und der Polizei zur Verwendung kämen. Die sozialdemokratische Partei habe im Reichstag den Antrag gestellt, die Mietsteuer aufzuheben und dafür eine progressiv wirkende Vermögenssteuer zu setzen. Redner stellte fest, daß die Gebäude sich nur zum 4. Teil der Friedenshöhe rentieren, deshalb habe die Sozialdemokratie den Antrag eingebracht auf eine Herabsetzung der Gebäudesteuer und eine Erhöhung der Waldsteuer. Am Schluß seiner Ausführungen fordert er die Wähler auf, durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels der Partei den Rücken zu stärken, damit sie die Interessen des arbeitenden Volkes entsprechend vertreten könne.

Erst nach wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden zur Aussprache nahm ein auswärtiger Genosse namens Strohecker das Wort, der in langen Ausführungen an allem möglichen herumkam und weidlich über die sportlustige Jugend, über Vereine und Sekten, Pfaffen und Kirchen, bürgerliche Presse, den Pforzheimer Tarifentwurf und das Unternehmertum wetterte. Herr Heim von den Kommunisten gab zu, daß der Zug bei den kommenden Wahlen bedauerlicher Weise nach rechts gehen werde. Er bezeichnete es als selbstverständlich, daß überall, auch bei den Parteien, Fehler gemacht werden, machte aber der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie von vornherein dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hätte, wo sie doch wußte, daß dieses dem Proletariat Fesseln anlege. An dem Ausnahmezustand trage die Sozialdemokratie mit Schuld, es sei ein unverzeihlicher Fehler, daß die Sozialdemokratie diesem Gesetz zustimmte, das der Rechten die Gewalt in die Hand gab, und der Reichspräsident dem Reichswehrminister, dem General Seeckt und in Württemberg General Reinhardt Generalvollmacht erteilte. Nicht nur kommunistische, auch sozialdemokratische Versammlungen wurden verboten. Die Kommunisten seien keine Freunde der Rechten, ob aber bei einer sozialdemokratischen Mehrheit etwas besonderes herauskomme, solle dahingestellt bleiben. Wenn man warten wolle, bis man mit Erfüllungs- und Verständigungspolitik zur Freiheit gelange, dann werde man so alt wie Methusalem. Wolle man das kapitalistische System beseitigen, dann müsse man Gewalt anwenden. Die Sozialdemokratie hätte seit 1918 bis heute in dieser Hinsicht genügend Zeit gehabt, aber bis jetzt sei noch nichts geschehen. Sie helfe dem arbeitenden Volke nicht auf, ein Strebertum um Parlamentssitze mache sich bei ihr bemerkbar und ein Sträuben, diese Sitze aufzugeben. Redner würde es lieber sehen, wenn das arbeitende Volk an Stelle des Stimmzettels auf die Barrikaden stiege und seine Freiheit auf diese Art erkämpfte. An der Aussprache nahmen noch teil die Genossen Strecker und Riedel, die verschiedene Punkte zur Sprache brachten und im allgemeinen mit den Ausführungen des Hauptredners einig gingen, während Herr Müller von den Kommunisten in die Kerbe seines Parteigenossen Heim schlug. Der Hauptredner ging auf verschiedene Anzapfungen namentlich von kommunistischer Seite ein und suchte sie an Hand von Tatsachenmaterial zu widerlegen, wobei er aber hin und wieder von kommunistischer Seite unterbrochen wurde. Es zeigte sich so recht die tiefe Kluft, welche die gemäßigte verantwortungsbewußte Sozialdemokratie von den Kommunisten trennt.

Nach Worten des Bedauerns durch den Vorsitzenden über diese Begleiterscheinungen und Dankesworten an den Referenten erstattete in vorgerückter Stunde Gemeinderat Heinzelmann den Rathausbericht. Auf die Ausführungen im einzelnen einzugehen, ist uns des beschränkten Raumes wegen unmöglich, wir müssen uns mit einem Auszuge begnügen. Dem neugewählten Gemeinderat (natürlich den bürgerlichen Vertretern), hatte er manches am Zeug zu flicken. Zwar wurde der Forderung der sozialdemokratischen Rathausfraktion bezüglich Vertretung in den Kommissionen von der bürgerlichen Mehrheit stattgegeben, aber die neuen bürgerlichen Gemeinderäte seien nicht frei von Interessenpolitik. Er führte in dieser Beziehung verschiedene Beratungen über den elektrischen Kraft- und Lichttarif an, wo bei einigen Gemeinderäten, die erstmals gewählt wurden, so recht diese Interessenpolitik zutage trat. Man wisse aus früheren Zeiten, wenn Gewerbetreibende auf dem Rathaus sitzen, sorgen sie etwas für sich. Der Bürgerpartei machte er den Vorwurf, daß sie in Sachen des Kraft- und Lichttarifs ihr Wort nicht hielt. In der Frage von Bewilligung von Holz an die Bäcker und Schreiner beleuchtete er die Gegensätze der beiden Gewerbevertreter. In der Wegdingungsfrage wurde von der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag gestellt, das Beerdigungswesen auf die Stadt zu übernehmen, der Antrag wurde abgelehnt. Auch hier wurde nicht das Wort erfüllt, das am Tage der Wahl von den bürgerlichen Vertretern gegeben wurde: Auch wir haben für die Arbeiter noch etwas übrig. So sehe es auf dem Rathaus aus, wo die Bürgerlichen die Mehrheit haben. In der Wohnungsfrage wurde hervorgehoben, daß die Stadtgemeinde dafür immer Opfer gebracht habe so gut es ging. Daß die Stadtgemeinde das sogenannte Wiederkaufsrecht fallen ließ, wurde als ein Fehler bezeichnet. Das Schießen möge ein schöner Sport sein, aber die Bürgerschaft dürfe dadurch nicht belästigt werden. Der Schützenverein hätte sich einen anderen Platz wählen sollen. So war die Fraktion genötigt, gegen einen Beitrag zu stimmen. Dann ging Redner auf die erste Sitzung im neuen Jahr ein, mit einem Rückblick auf 1923 und einen Ausblick auf 1924 durch den Stadtvorstand und den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auf vorläufigen Verzicht der Sitzungstaggelder der Gemeinderäte zu Gunsten der Kriegerwaisen und dessen Ablehnung durch die bürgerlichen Vertreter. (Hierüber kam seinerzeit im „Enztäler" eine Richtigstellung, die die Sache in ein ganz anderes Licht stellte, wie sie der Berichterstatter darzustellen beliebt. Schriftl.) Als der Berichterstatter, nachdem er weidlich „die Sünden der bösen bürgerlichen Gemeinderäte" ans Licht gezogen hatte, davon redete, daß unglücklicherweise ein Tagwachtschreiber im Zusammenhang mit dieser ersten Sitzung einen Artikel dahinlanziert, beschlich uns ein Gefühl der Verwirrung. Außer dem Schriftleiter des „Enztäler" und den Gemeinderäten einschl. des Vorsitzenden war in der fraglichen Sitzung sonst niemand zugegen. Wer konnte wohl den Tagwachtartikel verfaßt haben, wenn nicht der Berichterstatter selbst, der noch vor wenigen Jahren, als linksstehender Parteiführer eifrig bemüht war, dem rechtsstehenden in der Versammlung wiederholt angezogenen Pforzheimer Anzeiger Neuigkeiten aus Neuenbürg zu berichten? Oder hat vielleicht ein böser Kommunist oder gar ein böser Bürgerlicher den Artikel verfaßt? Wir erkennen gerne an, daß Herr Winker mit großer Sachlichkeit sprach, von dem Erstatter des Rathausberichts können wir ein gleiches nicht sagen. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, es war ein gut Stück Wahlmache, die aber demjenigen, der nicht durch die Parteibrille schaut, nicht verborgen bleibt. Zum Schluß warnte der Redner vor weiterer Bekämpfung der Linksparteien unter sich. Die Sozialdemokratie stehe ein für das Wohl aller Volksschichten, wenn sie aber in der Minderheit sei, wäre dies nicht immer möglich. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Heim, Finkbeiner, Gittinger, Mappus, Hartmann und Riedel, wobei verschiedene Punkte angezogen wurden. Herr Finkbeiner gab Aufschluß in Sachen der Wohnungsfrage und kennzeichnete seinen Standpunkt bei Verwilligung eines Beitrages zum Schießhaus, wofür er stimmte. Die Gründe müssen als berechtigt anerkannt werden. Als er bemerkte, wenn man ihm hiewegen einen Strick drehen wolle, habe er nichts dagegen, hatte wohl mancher der Anwesenden das Gefühl, daß auch ein sozialdemokratischer Vertreter es mit dem besten Willen nicht allen Genossen recht machen kann. Nach beinahe fünfstündiger Dauer schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, jeder Genosse möge bei den Wahlen seine Pflicht tun.

Württemberg

Bad Teinach, 22. März. (Schultheißenwahl.) Bei der heute vorgenommenen Ortsvorsteherwahl wurde Oberamtssekretär Tupper von Herrenberg mit 187 von 229 abgegebenen Stimmen gewählt.

Neuold, 24. März. (Ein Jubilar der Presse.) Der Senior des Hauses Zaiser, Herr Emil Zaiser, Verleger des „Gesellschafter", feierte in körperlicher und geistiger Rüstigkeit den 80. Geburtstag. Der Jubilar ist heute noch im Betriebe tätig, dem er seit Jahrzehnten mit Erfolg die ganze Arbeitskraft widmet. Den herzlichen Glückwünschen, die dem Jubilar aus diesem Anlaß von seinen Mitbürgern, insbesondere aber auch aus dem Leserkreise zuteil wurden, schließen sich auch die Kollegen der Presse an.

Stuttgart, 24. März. (Enttäuscht.) Tausende, die sich gestern auf dem Cannstatter Wasen den Fallschirmabsprung des Pforzheimers Arthur Gerst ansehen wollten, erlebten eine bittere Enttäuschung. Windstoß und Regenböen machten den bekannten Strich durch die Rechnung. Als der Fallschirm entfaltet werden sollte, brach die Reißleine und Gerst flog mit Paul Strähles Flugzeug nicht in die Höhe. Letzteres führte einige Rund- und Passagierflüge aus. Der Fallschirmabsprung soll am nächsten Sonntag versucht werden.

Brackenheim, 23. März. (Ein Schwabenstreich.) Der „Zaberbote" kritisiert die Aufhebung des Oberamtsbezirks Brackenheim und nennt sie einen richtigen Schwabenstreich. In der Absicht zog die Regierung aus, eine wesentliche Staatsvereinfachung durchzuführen, das Ergebnis ist kläglich. Die sieben kleinsten Bezirke, die sich nicht wehren konnten, keine Gönner in Stuttgart besitzen, Dolchstößler im eigenen Lager hatten, blieben auf der Strecke. Wir sind wirklich gespannt, welche Sparsamkeitsrechnung aufgemacht wird, um dieses Todesurteil für sieben Bezirke zu rechtfertigen. Wenn die Franzosen durch einen Federstrich eine solche Verordnung erlassen, nennt man es brutal, schamlos; wenn es die eigene Regierung tut, kommt einem zum Bewußtsein, daß wir im freien Volksstaat leben! — In einer Handwerkerversammlung in Nordheim sprach Handwerkskammersyndikus Dr. Frey von einem wahren Abbauhimmel.

Weinsberg, 24. März. (Stadtschultheißenwahl.) Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl erhielt Obersekretär Weinbrenner 1290 Stimmen, der bisherige Stadtschultheiß Strehle 370 Stimmen. Weinbrenner ist somit gewählt.

Ulm, 24. März. (Lokalstreik der Eisenbahnarbeiter in Ulm.) Am Samstag, den 22. d. Mts., haben die Arbeiter der Station Ulm ohne Einhaltung der vorschriftsmäßigen Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt, weil die Eisenbahnverwaltung ihre Forderung auf Aufhebung der 9stündigen Arbeitszeit abgelehnt hat. Bei diesem Streik handelt es sich wie bei dem Vorgang in Korntwestheim um ein wildes Vorgehen ohne die Arbeiterorganisation. Der Betrieb auf der Station Ulm ist nicht gestört.

Erolzheim OA. Biberach, 24. März. (Tödlicher Ausgang.) Der Söldner Braig, der mit einem wildgewordenen Stier über die Illerbrücke bei Kellmünz stürzte, ist nun seinen schweren Verletzungen erlegen.

Vom Oberland, 24. März. (Kommunistische Sprengstofflager.) Wie verlautet, wurden am Samstag vormittag durch Ulmer Schutzpolizeibeamte drei Biberacher Kommunistenführer, bekannte Persönlichkeiten, verhaftet und der Auto nach Ulm in Untersuchungshaft überführt. Vor längerer Zeit ist in Markdorf an der badischen Grenze Sprengstoff in größeren Mengen entwendet worden. In den Zeppelinwerken in Friedrichshafen wurden unlängst geheime Machenschaften der Kommunisten aufgedeckt, die diesen Sprengstoff zur Herstellung von Handgranaten usw. verwenden. Untersuchungen, die darüber angestellt worden sind, haben ergeben, daß noch an verschiedenen anderen Orten des Oberlands derartige Sprengstofflager der Kommunisten sich befinden. Die in Biberach angestellten Ermittelungen — die durch den Verrat eines Kommunisten noch erleichtert wurden — hatten den Erfolg, in Bixendorf ein geheimes Sprengstofflager aufzudecken. Auch in Ulm sind Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen worden. Die Untersuchungen sind im Gange.

Baden.

Baden-Baden, 23. März. Vor einiger Zeit wurden hier der Stadtrat Hartmann und der Stadtverordnete Glöckle, beide der Kommunistischen Partei angehörend, unter dem Verdacht des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz bzw. wegen Beiseiteschaffung von Sprengmaterial verhaftet. Beide wurden aber wegen mangelnder Beweise wieder in Freiheit gesetzt. Nunmehr ist das damals gestohlene Sprengmaterial in der hiesigen Seuchenbaracke aufgefunden worden und die Angelegenheit hat abermals zu einer Anzahl von Verhaftungen Anlaß gegeben. Hartmann und Glöckle haben sich allerdings durch Flucht der Verhaftung entzogen, dagegen wurden festgenommen ein Bürogehilfe, fünf Tagelöhner, ein Schriftsetzer, zwei Gärtner, ein Zimmermann, und ein Hausbursche. Die Verhafteten, teil ledig, teils verheiratet, wurden in Untersuchungshaft nach Karlsruhe überführt. Man nimmt an, daß mit dem gestohlenen Sprengstoff in hiesiger Stadt ein kommunistischer Anschlag geplant war, worüber ja wohl die weitere Untersuchung Aufklärung bringen wird.

Stockach, 24. März. In den letzten Tagen kehrten nach Steißlingen drei Steißlinger Bürgersöhne in die Heimat zurück, die nach Argentinien ausgewandert waren. Die Enttäuschten berichteten von Argentinien nichts Gutes und schilderten, daß sie in schlechten Wohnungen auf Strohsäcken oder in Kellern schlafen mußten unter schwerer täglicher Arbeit.

Radolfzell, 24. März. Der Kampf, den die Freunde der Heimat um die Erhaltung des Hohenstoffeln geführt haben, scheint nicht von Erfolg begleitet zu sein. Nach der Radolfzeller Schöffengerichtsverhandlung gegen den Dichter Ludwig Finckh hatte seinerzeit der Vertreter des Barons von Hornstein eine Erklärung abgegeben, wonach der weitere Abbau des Hohenstoffeln eingestellt werden solle. Vorübergehend war dies auch tatsächlich der Fall. Nun hat aber der Baron von Hornstein inzwischen seinen Anteil an dem Unternehmen an die Mitteldeutsche Hartstein-Industrie verkauft, die jetzt seit Wochen bereits die Vorarbeiten zur Wiederaufnahme des Betriebs im Basaltsteinbruch am Hohenstoffeln betreiben läßt.

---

44)

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von Levin Schücking

Der Sachsenhäuser besah den Krontaler, den Wilderich vor ihm auf den Tisch legte, und sagte kopfnickend: „Nun ja, gut handeln ist schon mit Euch, das seh' ich. Ihr gebt zwei Gulden für eine Geschichte, die jeder Stammgast — beim Abendschoppen in ruhigern Zeiten, heißt das, Euch umsonst gäbe. Nun, schönen Dank dafür, und was die Geschichte angeht, so ist sie die: der alte Schöff war eben schon ein alter Schöff, als er ein junges Weib nahm, das eine recht süße Frucht sein muß, nach dem Sprichwort von den Früchten, woran die Wespen nagen. Unter den Wespen mein' ich die Franzosen, die vor Jahren, unter Custine dazumal, nach Frankfurt kamen und bald ein und aus schwärmten beim Schöff. Eine erwachsene Tochter war ebenfalls im Hause, von der ersten Frau her, die schon lange, lange Jahre tot sein muß, denn ich habe niemals etwas von ihr gehört oder gesehen . . ."

„Und diese Tochter heißt Benedicte?" fiel Wilderich in größter Spannung ein.

„Benedicte — ich denke so, obwohl ich nicht darauf schwören kann, und es auch nichts zur Sache tut — also eine Tochter war im Hause und von der sagte man, daß sie einen Franzosen heiraten werde; das muß ihr nun wohl die junge Frau Schöff, ihre Stiefmutter, die keinen von diesen saubern Franzosen mehr heiraten konnte, weil sie schon den alten Schöff hatte, bitter mißgönnt und beneidet haben, denn sie lebten wie Hund und Katze, Stiefmutter und Stieftochter, sagt man. Und wie hätt's auch anders sein können, da die Stieftochter von der Mutter um ihr ganzes Erbe betrogen war; denn der Schöff, im Vorbeigehen gesagt, ist ein steinreicher Mann, seine Weinberge bei Hochheim bringen ihm ein Jahr ins andere gerechnet . . ."

„Aber ich bitt' Euch," unterbrach ihn Wilderich, „wie hatte denn die Stiefmutter die Tochter um ihr ganzes Erbe betrogen?"

„Wie? Nun das ist doch zu begreifen. Die Stiefmutter hatte sich gewünscht, ein Kind zu bekommen, und dies Kind war eine derbe, und wie die böse Welt wissen wollte, dem alten Schöff nicht im geringsten ähnlich sehende Junge; und da das meiste von des alten Mannes Gut Lehngut, oder wie man es nennt, so erbte nun statt der Tochter, die früher alles zu bekommen glaubte, alles dieses Kind, dieser Junge, dieser Wechselbalg, und Ihr könnt es der Demoiselle Benedicte oder wie sie heißen mag, wahrlich nicht übelnehmen, wenn sie dem teuren Brüderlein zehnmal im Tage den Tod an den Hals wünschte. Na, den Tod hat sie ihm vielleicht just nicht angetan, aber so was man nennt um die Ecke gebracht, hat sie ihn doch, denn eines schönen Morgens sind sie beide verschwunden gewesen, beide Kinder des guten Herrn Schöff — die Demoiselle samt dem jungen Erben — auf und davon auf Nimmerwiedersehen — das heißt, wiedersehen wird man die Demoiselle schon, und das sobald der alte Mann gestorben ist; Demoiselle Benedicte wird dann schon sich präsentieren, um das Erbe in Empfang zu nehmen, und wird ja auf der Leute Fragen, wo der Junge hingekommen und was sie damit gemacht hat, auch schon ihre Antwort parat haben — es ist seit dem Tage, wo sie mit ihm durchgegangen ist, Wasser genug durch den Main geflossen, daß sie sich auf eine genügende Antwort hat vorbereiten können!"

„Ah!" rief Wilderich aus, „und das alles ist wahr, Ihr glaubt, daß es wahr sei, Ihr glaubt, die Tochter des Schöffen habe aus Habsucht und um des Erbes willen, das sie früher als das ihrige betrachten durfte, ihren Stiefbruder entführt, vielleicht sogar . . ."

„Ob ich's glaube? Von meinem Glauben ist nicht die Rede — ich erzähl' Euch nur, was sich die Stammgäste hinter dem Schoppen im Hinterstüble darüber erzählen."

„Und erzählen sich diese auch, ob und wie der General Duvignot mit alledem und mit der Familie des Schöffen zusammenhängt?"

„Mit der Familie?" antwortete boshaft lächelnd der Sachsenhäuser. „Nun freilich meinen sie, daß der Duvignot, seit er vor Jahren zuerst ins Haus einquartiert ist, damit in Zusammenhang gekommen und insbesondere auch, daß er damit zusammenhängt, daß der Schöff überhaupt mit seiner zweiten Frau, so was man nennt, Familie hat! Aber," fuhr er jetzt erschrocken auf, „ich will des Henkers sein, wenn ich da nicht die Stimme der Falkenwirtin im Hofe höre — Gott steh' mir bei, es wird mir übel ergehen, daß ich hier — ja, ja, ich komme schon — daß ich hier so lange die Stadtbas' bei Euch gemacht habe." In der Tat ertönte der Ruf: „Jakob, Jakob!" von einer kreischenden Frauenstimme ausgestoßen, in diesem Augenblick vom Hofe her bis in die Dachkammer des Hausknechts, und dieser war aufgesprungen und hatte bereits den Arm nach der Türklinke ausgestreckt, als Wilderich ihn zurückhielt: „Nur noch eins . . . wißt Ihr, wer ein Mann sein kann, dessen Name die Anfangsbuchstaben G. de B. hat?"

„Nichts weiß ich — nichts davon," rief der Hausknecht, dem Anschein nach ohne nur recht auf die Frage zu hören, aus und rannte davon.

Wilderich hatte sich erhoben und starrte ihm nach. Er war kaum klug geworden aus diesem wirren, unzusammenhängenden Bericht, aus dieser Menge erschreckender Tatsachen, die über ihn in so kurzen Worten ausgeschüttet waren; und jetzt stand er und fühlte noch die ganze Wucht des Schlages, den ihm die direkte Anschuldigung versetzt hatte, welche gegen Benedicte in dieser Erzählung gelegen — die Anschuldigung eines ganz unerhörten und abscheulichen Verbrechens, das sie begangen haben sollte und das durchaus abscheulich und völlig empörend war, weil es aus den niedrigsten Motiven hervorgegangen sein sollte, aus bösem Haß und aus gemeiner Habsucht! Das aber gerade — das war es auch, was Wilderich bald erleichtert und dann freier und freier wieder aufatmen ließ; was ihn bald sich selber Vorwürfe machen ließ, so erschrocken zusammengefahren zu sein bei einer solchen Anklage, die, das fühlte er in tiefster Seele, nur törichte Bosheit oder die auf eine täuschende Kombination von zufälligen Umständen hin blind urteilende Dummheit erheben konnte — gegen sie, gegen Benedicte, die, je mehr sie sich selber vor ihm angeklagt hatte, und je mehr andere sie vor ihm anklagten, nur desto reiner und edler, nur desto mehr jeder Aufopferung würdig vor seiner Seele stand!

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Vermischtes.

Vom Tode auferstanden. Der Händler Georg Riedl in Schönwald in Bayern erhielt dieser Tage aus Eger telegraphisch die Nachricht vom Tode seines Sohnes Hans. Er bestellte in der Heimat alles Nötige zur Ueberführung der Leiche und ließ den Toten auch ausläuten. Dann fuhr er mit seinen drei Söhnen nach Eger, um die Heimführung des Toten zu veranlassen. Im Hotel „Stern", wo der Sohn wohnt., fragte er, wo dieser liege. Der Kellner, der wußte, daß der Erfragte in seinem Zimmer schlief, und keine Ahnung davon hatte, daß die Besucher einen Toten suchten, nannte die Zimmernummer. Die Familie trat still ins Zimmer, der Sohn schlief, der Wand zugekehrt. Die Familie brach in Tränen aus und begann laut zu weinen. Plötzlich drehte sich der Totgeglaubte um und machte erstaunte Augen, als er die Familie weinen sah, und fragte, was denn eigentlich los sei. Daß die Verwandten eine gelinde Furcht anwandelte, ist verständlich. Eine Nachfrage bei der Post ergab, daß das Telegramm statt nach Schönbrunn nach Schönwald gegangen war, und ein seltsames Zufallsspiel fügte es, daß in Schönwald sowohl der Vorname des Empfängers wie des Toten auch bei der dortigen Familie Riedl stimmten.

Freispruch zu Recht. Die junge Frau eines Arbeiters in Berlin, der dem Trunk ergeben war, fast nie arbeitete und seine Frau oft schwer mißhandelte, erschoß den Rohling, als er nach durchzechter Nacht wieder einmal mit den Fäusten die Frau mißhandelte. Die Strafkammer sprach die Frau frei.

Ein „Raffke" schlimmster Art hatte sich vor der Strafkammer in Königsberg in der Person des „Kaufmanns" Herbert Graf wegen einer ganzen Anzahl von Betrügereien zu verantworten. Der Angeklagte, 23 Jahre alt, Landwirtssohn, hatte von der Untersekunda des Gymnasiums in Rastenburg als Freiwilliger den Krieg mitgemacht. Nach dem Friedensschluß war er drei Monate lang aushilfsweise bei einer Königsberger Bank tätig. Er machte sich dann „selbständig", legte sich die Berufsbezeichnung „Kaufmann" bei, kaufte und verkaufte Geschäfte, insbesondere aber betrieb er „Schiebergeschäfte" mit Wertsachen, Gold und Devisen. Als 17jähriger Jüngling lernte er im Januar 1922 eine um sieben Jahre ältere Besitzertochter kennen. Das Mädchen stammte aus einer Familie mit vier Geschwistern, denen bei ihrer Verheiratung jedem der vierte Teil des elterlichen Grundstücks, darunter auch ein 17 Morgen großer Wald, als Mitgift zugesagt war. Der Angeklagte markierte bei der Begegnung mit dem Mädchen den reichen Mann, machte sich älter als er war und dem Mädchen eifrig den Hof. Seine Werbung fand Gegenliebe. Es fand sofort die Verlobung und einen Monat später im Februar 1922, die Hochzeit statt. Die Verlobung wurde in einem Königsberger Hotel, die Hochzeit in der Stadthalle gefeiert. Zu beiden Festlichkeiten waren eine Menge Gäste geladen. Die Inhaber beider Wirtschaften waren angewiesen, die Feiern in jeder Beziehung „standesgemäß" auszurichten. Offenbar wollte hier der Angeklagte den Beweis erbringen, daß er nicht nur Graf heiße, sondern auch als „Graf" aufzutreten verstehe. Um die Wirte sowie seine weitere Umgebung in diesem Urteil zu bestärken, erzählte er, daß seine Zukünftige eine schwerreiche Deutsch-Amerikanerin sei. Für die Aufmachung der Verlobungsfeier zahlte er 60 000 Mark, für die Hochzeitsfeier sogar 500 000 Mark an; die weiteren Kosten sollten bezahlt werden, wenn nach den Feiern die Endsummen festgestellt seien. Geldart sollte in keiner Weise werden. Dementsprechend war denn auch alles vielfein bis zum Kunstfer-Dessert. Gegessen und getrunken wurde bis in die Morgenstunden. Alles, was noch außer den geladenen Gästen dazukam, durfte mitschmausen: die Kellner, die Schließer, sogar die Scheuerfrauen. Als die Geschäftsleitung der Stadthalle Bedenken darüber äußerte, daß zu viel getrunken werde, wußte der Angeklagte sie mit dem Bemerken zu beschwichtigen: „Ach was, ich verkaufe ein Pferd, dann wird die Zeche wettgemacht." Die Kosten für die Ausrichtung der beiden Feiern war außerordentlich groß; bei der Hochzeitsfeier beliefen sie sich auf 3 457 000 Mark. Außer den Anzahlungen haben die beiden Wirte nichts mehr erhalten. — Nachdem der Angeklagte noch einen Schneider um einen Anzug geprellt hatte, ließ er bald nach der Hochzeit auf Grund einer Vollmacht seiner Frau den Teil des Waldes, der ihr als Mitgift zugefallen war, abholzen. Dabei nahm er es natürlich auch nicht so genau, so daß er auch Teile der den anderen Geschwistern gehörigen Waldparzellen lichten ließ. Das Holz wurde sodann schnell verkauft; der Erlös betrug fünf Millionen Mark. Im Besitz des Geldes ließ der Schwindler seine junge Frau sitzen und fuhr nach Danzig ab, wo er mit einem anderen Mädchen eine neue Verlobung einging. Der Schwindel wurde hier jedoch noch rechtzeitig entdeckt, so daß aus Anlaß dieser Verlobung dem Angeklagten noch ein neuer Strafprozeß wegen Betrugs bevorsteht. — Die geschilderten Betrügereien brachten dem Angeklagten als erste Strafe vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Eine Krankenschwester als Massenmörderin. Ein Kriminalfall ist infolge einer Anzeige des Kammergerichts anläßlich eines Erbschaftsprozesses durch die Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Die jetzt 32 Jahre alte Frau Erna B., die Gattin eines in Moabit tätigen Gerichtsobersekretärs, ist unter dem dringenden Verdacht des vierfachen Mordes, des Meineids, der Testamentsfälschung und der Erbschleicherei in Haft genommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Die Verhaftete, eine frühere Krankenschwester, wird beschuldigt, ihren ersten Ehemann, dessen Bruder und seine Mutter vergiftet und den zweiten Ehemann erschossen zu haben.

Irren ist menschlich. Ein Hamburger Geschäftshaus teilt dem „Hamb. Fremdenblatt" mit, daß ihm vom Fernsprechamt in den Monaten November, Dezember und Januar statt 3107 Gesprächen deren 5121, also 2014 zu viel, berechnet worden seien.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 24. März. (Landesproduktenbörse.) Auf dem Getreidemarkte sind keine Veränderungen zu verzeichnen. Der Geschäftsgang ist schleppend bei ziemlich unveränderten Preisen. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20—20,50 (am 20. März 20,25—20,75), Sommergerste 21—21,50 (unv.), Roggen 17,25—17,50 (unv.), Hafer 14,25—14,75 (unv.), Weizenmehl 29,25—30 (unv.), Brotmehl 26,25 bis 27 (unv.), Kleie 10—10,50 (unv.), Wiesenheu 9,50—10 (9—9,5), Kleeheu 10—11 (9,50—10,50), drahtgepreßtes Stroh 6—6,5 (unv.).

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 24. März. Die Sozialdemokratie hat im Landtag eine Große Anfrage eingebracht, die infolge Uebergangs der Aufgaben der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf die Länder die Sicherstellung der bisherigen Rechte der Kriegsopfer und die Erhaltung der württ. Hauptfürsorgestelle als Landesmittelstelle der gesamten sozialen Fürsorge, sowie die Einstellung entsprechender Mittel in den Staatshaushalt betrifft. — Eine Kleine Anfrage des Abg. Schepperle (Soz.) behandelt die Unzulänglichkeit der Unfallrenten und wünscht, daß die Berufsgenossenschaften zu einer sofortigen Umstellung der Renten auf Goldmark veranlaßt werden.

Mannheim, 24. März. Eine neue Zeitung der völkischen Richtung wird ab 1. April unter dem Namen „Mannheimer Rundschau" täglich 2mal erscheinen und zwar in Gemeinschaft mit der „Süddeutschen Zeitung".

Mannheim, 24. März. Der „Temps" schrieb vor einiger Zeit, aus London werde gemeldet, obwohl die Unterkommission ihren Bericht über die Lage in der Pfalz noch nicht abgeschlossen habe, seien aus einer offiziösen Quelle beruhigende Nachrichten nach London gelangt. Diese Nachrichten seien in offiziellen englischen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden. Man sehe darin einen bedeutenden Schritt zur Behebung der Schwierigkeiten in der Pfalz. Als Erwiderung hierauf schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph": Ich bin in der Lage, festzustellen, daß die alliierte Unterkommission, die unter Führung von Oberst d'Arbonneau zum zweitenmal die Pfalz besucht hat, nicht endgültig aufgelöst worden ist, wie in Paris erklärt wurde. Fest steht, daß London seine Zustimmung dazu nicht gegeben hat. Die Lage in der Pfalz hat sich zwar gebessert, jedoch nicht derart, daß weitere Besuche der Unterkommission dadurch entbehrlich würden.

München, 24. März. Ein 24 Jahre alter Mann, der dem Arbeiterstande angehört, stürzte sich am Samstag von den Münchener Frauentürmen auf das Straßenpflaster. Der Mann war sofort tot. Sein Selbstmord hatte eine ungeheure Menschenansammlung zur Folge.

München, 25. März. Die beiden Raubmörder Gohl und Jungnickel, welche zusammen am 14. Dezember 1923 den Uhrmacher Stephan Haas in seiner Wohnung in Schwabing ermordet und beraubt hatten, sind gestern vom hiesigen Volksgericht zum Tode verurteilt worden. Der Angeklagte Mayer erhielt wegen Begünstigung 2 Monate Gefängnis.

Pirmasens, 24. März. Die hiesige französische Bezirksdelegation hat sich eines Bruches des neuen Speyerer Abkommens schuldig gemacht. Durch die Separatisten waren seinerzeit Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Feldmüller ausgewiesen. Die seit Beendigung der Separatistenherrschaft eingereichten Gesuche um Rückkehrerlaubnis für die Vertriebenen waren unbeantwortet geblieben. Erst auf erneutes Drängen der Gewerkschaften haben sich jetzt die Franzosen zu einer Antwort herbeigelassen, die bezeichnend genug ist: Die beiden Herren seien zwar durch die Separatisten ausgewiesen worden, aber schon vorher von den Franzosen zur Ausweisung bestimmt gewesen und hätten sich wie alle anderen Ausgewiesenen mit einem besonderen Gesuch um die Heimkehr an die Bezirksdelegation zu wenden. Der Zweck dieser Meinungsverschiedenheiten liegt klar zutage. Die Franzosen hatten es bei der großen Beliebtheit, deren sich die beiden Herren besonders bei der werktätigen Bevölkerung erfreuten, nicht gewagt, selbst das Odium der Ausweisung auf sich zu nehmen. Dieses soll nun auf die genannte Weise aufrechterhalten werden.

Neustadt a. H., 24. Mai. Hier wurde eine neue Gruppe der Rheinischen Arbeiterpartei gebildet. Es wird auch versucht, in Molkhammer und Edenkoben Ortsgruppen für die Rheinische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen.

Berlin, 24. März. Der tschechoslowakische Gesandte ersucht uns mitzuteilen: Die Nachricht, daß ein Geheimvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei besteht, entspricht ebensowenig nicht den Tatsachen, wie die frühere Nachricht von einem Geheimvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei.

Berlin, 24. März. Der bisher der deutschdemokratischen Partei angehörende Reichstagsabgeordnete Cornelius Trischmann hat laut „Zeit" seinen Austritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen. — Die Reichsregierung hält nach wie vor jede Verlängerung der Micum-Verträge für unmöglich.

Hamburg, 24. März. Unter der Vorspiegelung, im Auftrage des Schlichtungsausschusses zu kommen, verschaffte sich heute morgen ein Mann Eingang in die Wohnung des Direktors der Vulkanwerft, Stahlmann, und überreichte diesem einen verschlossenen Briefumschlag, der sich bei Oeffnung als leer erwies. Darauf bedrohte der Unbekannte plötzlich den Direktor mit einem Revolver und verlangte die Aushändigung von einer Million Mark. Den hinzukommenden Diener streckte der Eindringling durch einen Schuß in den Bauch nieder, worauf er unerkannt entkam.

Paris, 24. März. In Marseille ist gestern der amerikanische Panzerkreuzer „Pittsburg" angekommen. Es fand ein offizieller Empfang zu Ehren des Admirals Andrews statt.

Lissabon, 24. März. In Campolide ist ein vierstöckiges, erst vor kurzem erbautes Haus zusammengestürzt. 15 Personen wurden getötet, 30 Personen liegen noch unter den Trümmern.

London, 24. März. Reuter meldet aus Teheran: Infolge des Widerstandes der Geistlichkeit und des Publikums hat das Parlament den Plan aufgegeben, die Republik auszurufen. Es hat aber beschlossen, den Schah abzusetzen und dessen zweijährigen Sohn auf den Thron zu setzen. Bis zu dessen Volljährigkeit wird ein Regent ernannt.

Newyork, 24. März. Der White Star-Dampfer „Olympic", 45 000 Tonnen groß, das fünftgrößte Passagierschiff der Welt, ist bei der Ausreise von Newyork in der offenen See mit dem amerikanischen Dampfer „Fort St. Georg" zusammengestoßen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß „Fort St. Georg" schwer beschädigt wurde und in das Trockendock geschleppt wurde, um die nötigen Reparaturen auszuführen.

Der Hitler-Prozeß.

München, 24. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung bejahte der Angeklagte Brückner eine Frage des Vorsitzenden, daß er sich unwohl fühle, daß er der Sitzung nicht anwohnen könne. Brückner durfte sich aus dem Sitzungssaal entfernen, da seine Anwesenheit wenigstens heute vormittag nicht notwendig ist. Das Wort nahm dann Rechtsanwalt Dr. Meyer-Würzburg als 2. Verteidiger des Angeklagten Weber. Er setzte auseinander, daß die Revolution von 1918 nicht als Grundlage eines neuen Rechts anerkannt werden könne. Aus Unrecht und Verrat könne doch nicht Recht gemacht werden. Die Idee, daß die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung sich auf die Volkssouveränität gründe, widerspreche jeder christlichen Staatsauffassung. Die Regierungsgewalthaber hätten einen fortwährenden Kampf gegen die einzige nationale Regierung im Reich, die bayerische Regierung, geführt, der durchaus nicht vom Geiste der Verfassung, sondern vom Geiste der Gewalt getragen war. Die Angeklagten hätten übrigens gar nicht die Absicht gehabt, die Verfassung zu ändern, sondern nur bestimmte politische Maßnahmen herbeizuführen. Daß die Angeklagten die Diktatur wollten, könne nicht strafbar sein, weil ja auch unter der Weimarer Verfassung die Diktatur durchgeführt worden sei. Die Angeklagten hätten nichts anderes gewollt, als im Verein mit den legitimen Machtmitteln eines Bundesstaates in die Reichsgeschicke einzugreifen. Es habe noch keine Revolution gegeben, die nicht durch einen Staatsstreich beendet worden wäre, und diese Revolution von 1918 werde davon keine Ausnahme machen. Der Verteidiger suchte klar zu stellen, daß die Angeklagten nicht die Weimarer Verfassung, sondern nur die Reichsregierung ändern wollten und daß die Angeklagten sogar recht und schlecht mit der Weimarer Verfassung hätten arbeiten wollen. Es wäre sogar denkbar gewesen, nachdem die entscheidende Proklamation von den Angeklagten erlassen worden war, daß sich das Reich herbeigelassen hätte, die neue Wendung der Dinge mit herbeizuführen. Nach seiner eigenen Aeußerung sei Kahr „Diktator von Gottes Gnaden" gewesen, so daß also auch kein Eingriff in ein verfassungsmäßiges bayerisches Ministerium in Frage komme, weil ein solches schlechterdings nicht mehr vorhanden gewesen sei. Was Hitler mit den Worten: „Es gibt kein Zurück mehr" ausdrückte, sei nicht Gewalt gewesen, sondern nur der Hinweis auf die damalige politische Lage. Der Verteidiger beantragte zum Schluß Freisprechung Dr. Webers. Der Vorsitzende erteilt dann dem Verteidiger des Oberstleutnants Kriebel, Rechtsanwalt Dr. Gademann, das Wort. Dr. Gademann erklärt eingangs, daß der Gang der Verhandlungen bewiesen habe, daß kein Makel an der Person seines Mandanten haftete, er sei stets der offene und gerade taktvolle Offizier gewesen. Die Beweggründe zu seinem Tun ergaben sich aus dem Schwur, den er nach der Wegfahrt von Spa gegenüber belgischen Banden geleistet hatte, wiederzukommen, um die Schmach auszutilgen, die dem deutschen Vaterland angetan wurde. Dr. Gademann weist die Behauptung der Anklageschrift zurück, daß Kriebel die Oberleitung des Kampfbundes gehabt habe. Kriebel sei nur der militärische Berater Hitlers gewesen und habe als Deutscher nur Hitlers Entschlüsse und Pläne in die militärische Tat umgesetzt. Nachdem Dr. Gademann die Ausführungen seiner Kollegen Roder, Holl und Meyer unterstrichen, bittet er, für den nächsten Teil seines Plaidoyers die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Antrag wird vom Staatsanwalt unterstützt, worauf der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß auf Ausschluß der Oeffentlichkeit für die weiteren Ausführungen des Rechtsanwalts Gademann bekannt gibt. Um 11.10 Uhr wird der Saal geräumt. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit setzte Rechtsanwalt Gademann sein Plaidoyer fort, wobei seine Ausführungen in der Behauptung gipfelten, er habe nachgewiesen, daß tatsächlich ein Waffengang gegen den Norden geplant und vorbereitet war und daß Herr von Kahr mit diesen Plänen einverstanden gewesen sei. Auffällig sei, daß die drei Kronzeugen sich an diese Vorgänge nicht mehr erinnern konnten, während alle übrigen Zeugen Mitteilungen über das geplante Vorgehen gegen Norddeutschland bis in die Einzelheiten machen konnten. Der Verteidiger bestritt nachdrücklich, daß sich Kriebel des Hochverrats schuldig gemacht habe und fordert dessen Freispruch mit dem Bemerken, daß die Angeklagten bis zum 9. November mittags in dem festen Glauben gehandelt hätten, etwas Legales zu tun. Der zweite Staatsanwalt erklärt, es sei behauptet worden, daß in geschlossener Sitzung der beabsichtigte Waffengang nach Berlin nachgewiesen worden sei. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft sei ein derartiger Nachweis weder in öffentlicher noch in geschlossener Sitzung erbracht worden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Zeugen und zwar die, auf die es im wesentlichen ankäme, nicht vernommen sei. Der Vorsitzende vertagte hierauf die Verhandlung auf nachmittags 3 Uhr.

München, 24. März. Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung verliest der Vorsitzende eine Erklärung des Kultusministers Dr. Matt gegenüber den Behauptungen Dr. Halls, wonach Kardinal Faulhaber Matt gegenüber gegen das Unternehmen Hitlers Stellung genommen habe, worauf dann der telephonische Anruf im Generalstaatskommissariat erfolgt sei. Diese Behauptungen erklärt Dr. Matt für frei erfunden und unwahr. Matt war an diesem Abend, weder eine Woche vorher, noch nachher mit Kardinal Faulhaber beisammen. Er habe auch Kahr nichts über die mutmaßliche Stellung der Bayerischen Volkspartei gesagt. — In diesen Ausführungen Dr. Matts nimmt Rechtsanwalt Dr. Holl gleichfalls Stellung, der die Worte „frei erfunden" zurückweist. Dr. Holl behauptet, daß beide Männer am fraglichen Abend an einer Versammlung des Pfälzer Hilfsvereines teilgenommen haben. Der 1. Staatsanwalt Dr. Stenglein widerlegt dann Pressemitteilungen im Lossowkonflikt, worauf der Angeklagte Hitler die Behauptung des Justizrats Claß, mit dem Plan der Schaffung eines Reichsdirektoriums habe er nie etwas zu tun gehabt, als eine Unwahrheit bezeichnet. Claß habe bereits im Sommer 1923 an die Angeklagten das Ansinnen gestellt, sich an einem von ihm zu errichtenden Direktorium zu beteiligen. Claß habe bereits damals ein Direktorium bilden wollen, an dessen Spitze Claß selbst stehen sollte. — Darauf beginnt das Plaidoyer des Verteidigers Röhners, Rechtsanwalts Dr. Hemmeter. Der Verteidiger führt aus, Röhner sei seinem Eide und seiner Ueberzeugung treu geblieben bis zum heutigen Tage und er habe in der Zeit der Ministerpräsidentschaft Kahrs die Grenzen der Entschlußkraft des Ministerpräsidenten zu erweitern gewußt. Kahr und seine Mitarbeiter hätten auch durch ihre Tätigkeit den Boden für die Ereignisse vom 8. und 9. November gelegt. Auf alle Fälle konnten die Angeklagten aus den Ereignissen seit Errichtung des Generalstaatskommissariats gar keinen anderen Schluß ziehen als den, Kahr, Lossow und Seisser seien entschlossen, die deutsche Frage im Bismarck'schen Sinne zu lösen. Diesen Schluß habe auch Röhner gezogen. Röhner habe von Anfang an der Wahrheit restlos die Ehre gegeben. Röhner war es klar, daß Kahr nur immer auf das Grundrecht und den Anstoß von außen wartete. Hier müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß Röhner am 8. November morgens nichts von dem bekannt war, was in den Tagen des 6. und 7. November zwischen Kahr und den Herren des Kampfbundes, sowie Lossow und Seisser und Beamten und Offizieren gesprochen worden war. Röhner mußte sich daher in dem Glauben befinden, daß sich an dem Entschluß Kahrs, nach Berlin zu marschieren, im Sinne einer machtpolitischen Lösung nichts geändert hatte. Röhner habe sich auch nie bereit erklärt, die Funktionen eines bayerischen Ministerpräsidenten provisorisch zu übernehmen. Kahr und nicht Röhner habe die Person des Königs in die Aktion einbezogen. Kahr habe auch Röhner und Frick freundschaftlich empfangen zu einer Zeit, wo Kahr die Möglichkeit gehabt hätte, zu erklären, daß er nicht mitmache. Es sei also ein Treubruch unerhörtester Art von Kahr an seinem langjährigen Weggenossen verübt worden. Röhner sei nicht nur stets ein Muster von Offizier gewesen, er habe sich auch als alter deutscher Richter bewährt. Der Verteidiger Röhners stellt schließlich den Antrag, diesen seinem Wirkungskreise zurückzugeben. — Der zweite Verteidiger des Angeklagten Röhner, Rechtsanwalt Roder, macht hierauf rechtliche Darlegungen über die Einstellung seines Mandanten, wobei er Zweck, Ziel und Aufgaben eines Staates und einer Regierung darlegt und zu dem Schlusse kommt, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn gegen eine unfähige Regierung Kampfstellung eintrete. Der größte Teil des bayerischen Volkes und auch alle einsichtigen Persönlichkeiten außerhalb Bayerns seien einmütig zu der Anschauung gekommen, daß gegen die Mißhandlung der Staatszwecke und gegen die verfehlte Politik der Reichsregierung eingeschritten werden müsse. Roder beschäftigt sich sodann eingehend mit Verordnungen und sonstigen Erklärungen in der Bayerischen Staatszeitung und meint, wenn die Staatszeitung irgendeine Erklärung eines Amtes oder einer amtlichen Organisation wiedergebe, dann müsse angenommen werden, daß die Erklärung nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gerate. Die 3 Herren wollten nach den Erklärungen lediglich einen sogenannten „trockenen Putsch" machen. In der Staatszeitung sei zu lesen, daß sie keinen trockenen Putsch machen wollten. Was sei daran jetzt wahr? Nach dem, was in der Staatszeitung zu lesen sei, komme er zu der Auffassung, daß sowohl die Bayerische Volkspartei, als auch das Gesamtstaatsministerium mit dem Generalstaatskommissar überhaupt nur den Zweck gewollt haben, um den Kampf gegen Berlin und die Weimarer Verfassung aufzunehmen. Die Staatszeitung scheine damals selbst angenommen zu haben, daß Kahr marschiere. Man dürfe wohl annehmen, daß der amtliche Pressechef Kahrs, Schiedt, die amtliche Staatszeitung beeinflußt habe. Wenn Kahr es geduldet habe, daß er von den Verbänden als „Diktator" bezeichnet wurde, so müsse man auch diese Meinung jetzt gelten lassen. Der Verteidiger führt sodann noch eine weitere Reihe von Nummern der Staatszeitung und Artikel an, aus denen hervorgehe, daß auch andere Kreise, wie die Angeklagten, der Meinung waren, daß Kahr gewaltsam gegen Berlin marschiere. Der Ministerrat hatte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt wie Kahr. In einer Sitzung des Landes-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ausschusses der Bayerischen Mittelpartei habe Dr. Hilpert ausgeführt, daß ein Nachgeben gegenüber Berlin eine Zerstörung des Reichs bedeuten würde. Der bayerische Justizminister Dr. Gärtner habe in dieser Sitzung gegen diese Worte keinen Widerspruch erhoben. Gärtner habe den gepredigten Marsch nach Berlin gebilligt. Der Verteidiger kommt sodann auf die Vorgänge im Januar 1918 zu sprechen, die Pöhner genau gekannt habe. Ein Dr. Hanfser habe aus dieser Tatsache glatt den Vorwurf des Landesverrates gegen den jetzigen Reichspräsidenten Ebert erhoben. Zum Schluß beantragte der Verteidiger, Pöhner freizusprechen. Staatsanwalt Dr. Stenglein protestiert entschieden gegen die Behauptung, daß der bayerische Justizminister zu einem Marsche nach Berlin aufgefordert habe. — Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag vertagt.

Das Zentrum für Burgfrieden zwischen den Koalitionsparteien.

Die „Germania" knüpft an die Elberfelder Rede des Kanzlers an. Um der Parole „Für den arbeitsfähigen Reichstag, für die Befreiungspolitik, gegen den Radikalismus von rechts und links" zum sofortigen Sieg zu verhelfen, ergäbe sich für die drei Parteien, die bisher den Kern der Regierungsmehrheit gebildet haben, bestimmte wahltechnische Folgerungen, die nämlich, daß sie im Wahlkampf ihre gemeinsame Arbeit gemeinsam zu verteidigen hätten. Sie dürften ihre Kräfte nicht im Kampfe gegeneinander zersplittern, sollten sich das Feld einander nicht streitig machen. — Was die „Germania" vorschlägt, läuft also auf einen Burgfrieden zwischen Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten während des Wahlkampfes hinaus. Man wird abwarten müssen, wie die beiden anderen Parteien sich zu diesem Vorschlag des Zentrums stellen werden. Die „Germania" will damit aber keineswegs den Gedanken eines „Bürgerblocks" propagiert haben. Sie rechnet damit, daß eine Erweiterung der Koalition späterhin möglich ist. Nach welcher Seite sie erfolgt, werde wesentlich von dem Verhalten der Parteien abhängen, die rechts und links von der Regierungskoalition stehen.

Schweres Eisenbahnunglück.

Wie Havas aus Metz berichtet, ist der Schnellzug Ostende—Basel, der Metz Montag nachts 1,05 Uhr verließ, gegen zwei Uhr auf dem Bahnhof Bensdorf in Lothringen mit einem Güterzug zusammengestoßen. Dabei wurden nach den bisherigen Feststellungen acht Personen getötet, von denen bisher zwei festgestellt werden konnten. Weiter wurden bei dem Unglück 16 Personen verletzt. Bei dem Zusammenstoß ist die Lokomotive verhältnismäßig wenig beschädigt worden, dagegen wurde der Postwagen und die zwei ersten Personenwagen vollständig zertrümmert. Einer der zertrümmerten Wagen konnte bisher noch nicht freigelegt werden, so daß man damit rechnen muß, daß sich darunter noch mehrere Todesopfer befinden. Hilfszüge sind bereits an Ort und Stelle eingetroffen. Die Ursache des Unglücks kann man sich zur Stunde noch nicht erklären, da der Schnellzug die Signale, die auf freie Fahrt eingestellt waren, vorschriftsmäßig durchfuhr.

Forstamt Neuenbürg.

Wegen Holzfällung und Instandsetzungsarbeit ist der linksseitige **Gyachtalweg** vom **Donnerstag, 27. 3. 24 ab,** bis auf Weiteres

gesperrt.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Zur Erhaltung von Reinlichkeit und Ordnung wird wiederholt aufgefordert, in den nächsten 3 Wochen

Aborte und Dunglegen

zu entleeren, schadhafte wieder herzustellen und die Hauswinkel in geordneten Zustand zu versetzen. In den Straßen und vor den Häusern lassen die **Aufräumungsarbeiten** vor Sonn- und Festtagen teilweise zu wünschen übrig.

Fuß- und ähnliche Ballspiele sind in der Turnhalle, auf dem Turnplatz, im Schulhof, auf den Straßen u. öffentl. Plätzen, sowie den sämtlichen städtischen Wiesen — einerlei ob verpachtet oder nicht — **verboten,** wie schon öfter bekanntgegeben.

Die Schutzmannschaft ist angewiesen, auf Zuwiderhandlungen zu achten, die Ordnung und Reinlichkeit bezüglich der Aborte und Winkel nachzusehen und ev. Meldung zu erstatten. Für Ballspiele steht der Sportplatz im breiten Tal zur Verfügung.

Gleichzeitig wird daran erinnert, daß

Hausgeflügel

so zu verwahren ist, daß dasselbe fremden Feldern und Gärten keinen Schaden zufügen kann.

Ortspolizeibehörde:
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Getränkesteuern.

Die hier eingeführten Getränkesteuern müssen ab **1. April ds. Js.** erhoben werden. Die Steuerordnung ist am Rathaus angeschlagen. Hierauf werden die beteiligten Kreise hingewiesen.

Steuerratschreiberei.

Neuenbürg.

Haarnetze

20 Pfg., doppelt 30 Pfennig.

offene (Stirn-)Netze

25 und 35 Pfennig.

Zahnpaste

von 25 Pfennig an, nur gute Ware, empfiehlt

Eugen Köhler,
Friseur-Geschäft, Mühlstraße.

Bernbach.

Abbitte.

Die Unterzeichnete nimmt die gegen die **Dorothea Ebner,** Witwe, gebrauchten, beleidigenden Ausdrücke mit Bedauern zurück und leistet derselben Abbitte.

Beate Ebner.

Herrenalb.

Wir suchen zu baldigem Eintritt für dauernde Beschäftigung einen jungen Mann von 15—17 Jahren als

Brauereiarbeiter

Gebrüder Mönch,
Klosterbrauerei.

Färberei Printz

färbt und reinigt

zu mässigen Preisen.

Annahmestellen in: **Neuenbürg** bei Wilh. Fiess, Gem. Warengeschäft, Alte Pforzheimerstr. 40. **Herrenalb** bei Wilh. König, Manufaktur- u. Modewaren. **Liebenzell** bei Karl Häussler, Kaufmann. **Wildbad** bei Hermann Rothfuss, Sattler und Tapezier, Hauptstr. 79. **Schömberg** bei Joh. Kappler, Modewaren.

Empfehle ab meinem Lagerhaus

Tel. 5 **Sonnenmühle Birkenfeld** Tel. 5

jedes Quantum:

Blütenweißes Weizenmehl,
Pfund **16** ₰.
Spezial-0-Weizenmehl,
Pfund **15** ₰.
Weizen-Brotmehl, besond. empfehlenswert,
Pfund **14** ₰.
Weizen-Nachmehl 5er,
Pfund **10** ₰.
Weizen-Futtermehl,
Pfund **8** ₰.
ferner: **La Plata-Mais, Gerste, Hafer,**
ganz und gemahlen.
Mahlfeucht wird auf Wunsch gegen Mehl umgetauscht.

Heu und Stroh

zum billigsten Tagespreis.

Bei Mehrabnahme Preisermäßigung. — Telefonische Bestellungen und Anfragen erbeten.

Achtungsvollst! **Josef Hussl.**

Mit Hairol gedüngte Topfpflanzen werden prachtvoll. — Dose 50 Pfennig.
Gärtnerei Craubner und Wilhelm Fiess, Neuenbürg.

Krankheiten jeder Art

werden behandelt durch

Homöopathie und **Naturheilverfahren**

Gg. Strobel, Frauenalb (Abtei).

Sprechstunden: Sonntag, Montag und Dienstag von 11 bis 3 Uhr.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

24. März 1924.

	Heutig. Kurs	Borig. Kurs		Heutig. Kurs	Borig. Kurs
Goldanleihe . . .	4,2	4,2	Benz Akt.	4	—
3½ Dt. Reichsanl.	0,930	0,940	Buderus Akt. . .	16½	16,25
4½ „ „	0,499	0,501	Charlottenburger Wasser Akt. . .	19	21
5½ „ „	0,076	0,082	Daiml. Mot. Akt.	3,7	3,8
3½% Württ. Staatsanleihe .	0,450	0,500	Gaggenau Eisen Akt. . .	5	5,6
4% W. Staatsanl.	0,450	0,450	Germania Linoleum Akt.	11,5	12,3
5% Südd. Festwerthank „Obl.	1,35	1,35	Harp. Bergb. Akt.	69½	63,8
8% Badische Kohlenanleihe .	10,5	10,25	Höchst. Farb. Akt.	12½	12,6
5% Neckar-Goldanleihe . .	2,3	2,3	Junghans Akt. .	10	10
Disch. Bank Akt.	9½	10	Köln-Rottw. Akt.	7½	8
Disconto-Command. Ant.	11	11,1	Kollmar & Jourdan Akt. . . .	26	26
Reichsbank Ant.	28	29	Körting Gebr. Akt.	8,3	9,8
Rhein. Creditbank Akt. . . .	3	3	Laurahütte Akt. .	13,3	14½
Württ. Vereinsbank Akt. . . .	3,5	4	Magirus Akt. . .	2,4	2,4
Hapag Akt. . . .	25	28,1	Mansfeld Akt. .	8,9	9½
Nordd. Lloyd Akt.	5,7	6,3	R.S.U. Akt. . . .	5½	6
Allg. Lokalb. Akt.	26	27	Neckarwerke Akt.	6,1	9,6
Elekt. Hochb. Akt.	36½	39	Inl. Sichel Akt. .	9	9,6
A.E.G. Akt. . . .	9	9,5	Salz. Heilbr. Akt.	76	—
Bad. Anilin Akt.	15	15,25	Stuttg. Zuck. Akt.	4,2	4,3
			Württ. Elekt. Akt.	6	6,75
			Zellstoff Waldhof Akt. .	11	11,25

Neuenbürg.

Zur Konfirmation und Ostern

empfehle mein **reichhaltiges** Lager in

Geschenk-, Oster- und Back-Artikeln.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Carl Pfister.

Neuenbürg.

Morgen

Metzelsuppe.

„Germania".

Neuenbürg.

Einen tüchtigen älteren

Mechaniker

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Beller & Fischer.

Neuenbürg.

Mädchen,

nicht über 18 Jahre alt, gesucht.

Frau **Anne Hermann,**
Wildbaderstraße 311.

Wildbad.

Suche einen ordentlichen

Jungen,

welcher Lust hat, die **Brot- und Feinbäckerei** gründlich zu erlernen.

Bäckermeister **Haug.**

Auf den 1. oder 15. April 1924 findet tücht.

Servierfräulein

von 20—25 Jahren, welches auch **Zimmerarbeit** übernimmt und gute Empfehlung hat, dauernde Stellung.

Ang. mit Alterangabe womöglich Bild und Zeugnisabschriften an

Kühner, Gasth. z. „Hirsch",
Ettlingen i. B.

Haus- und Grundbesitzer-Verein
Neuenbürg (E. V.).

General-Versammlung

am **Samstag, den 29. März, abends 8 Uhr,** bei **Keck** zur „Eintracht".

Tagesordnung: 1) Jahresbericht, 2) Kassenbericht, 3) Jahresbeitrag, 4) Neuwahlen, 5) Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung der Generalversammlung sind drei Tage vorher beim Vorsitzenden schriftlich und begründet einzureichen.

Wir laden unsere Mitglieder hierzu freundlichst ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Ausschuß.

Neuenbürg, den 24. März 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem schmerzlichen Verluste meines lieben, unvergeßlichen Sohnes, unseres guten Bruders

Karl Kade

erfahren durften, sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus. Besonders danken wir für die erwiesene letzte Ehre seiner Altersgenossen und des Reichsbundes, sowie allen denen, welche ihr während seiner Leidenszeit durch ihren Besuch erfreuten.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg.

Große Auswahl in

Zigarren, Zigaretten und Tabaken,

nur Qualitätsware.

Colonialwaren, Südfrüchte, rohe und frisch gebrannte Kaffees in verschiedenen Preislagen, Tee, Kakao, Schokoladen, Spirituosen 2c.,

ferner

feinste Frühstücks-, Stangen- und Emmentaler-Käse

empfiehlt

Carl Pfister.

Sie sparen Zeit und Geld, wenn Sie Hemden fertig kaufen!

Flanellhemden, gestreift. . . von **4.20** an,
Frauenhemden (Köper) . . von **3.50** an,

Zephir- u. Trikothemden,
Flanelle, Sport-Flanelle,
Schürzen-Stoffe.

Fabrik-Niederlage
Gotth. Burkhardt, Pforzheim
Theaterstrasse 9.

Neuenbürg.

Guterhaltener

Kinder-Wagen

billigst zu verkaufen.

Mann, Wildbaderstraße.

Eine guterhaltene

Bettlade

ist zu verkaufen.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Schwann.

Rotklee, Luzerne, Futtererbsen, Futterwicken

empfiehlt

Carl Geutner, Gärtnerei.

Schwann.

Dienstmädchen,

nicht unter 18 Jahren, sucht

Carl Geutner, Gärtnerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw